

"Der Schlüssel zu Europa" in Die Zeit (8. Dezember 1949)

Legende: Am 8. Dezember 1949 analysiert die deutsche Wochenzeitung Die Zeit das schwierige deutsch-französische Verhältnis und unterstreicht, dass die Zukunft Europas von der Versöhnung oder der Verständigung zwischen diesen beiden Ländern abhängt.

Quelle: Die Zeit. 08.12.1949, Nr. 49. [s.l.].

Urheberrecht: (c) Friedlaender Ernst/ Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_schlüssel_zu_europa"_in_die_zeit_8_dezember_1949-de-c54750ea-7d03-4b9d-bd36-d586c42ab43f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Der Schlüssel zu Europa

Ernst Friedlaender

Ein Deutscher, der heute nach Paris kommt und dort mit führenden Politikern und mit dem „Mann auf der Straße“ spricht, wird immer wieder feststellen müssen, wie stark und lebendig das französische Mißtrauen gegen Deutschland ist. Wer da glaubt, dieses Mißtrauen lasse sich durch historische Wahrheitsbeweise, durch wissenschaftliche Schuldrechnungen mit Soll und Haben bis zurück zu Richelieu, überhaupt durch bloße Argumente der Vernunft einfach hinwegdiskutieren, befindet sich in einem gefährlichen Irrtum. Die französische Einstellung zu uns ist weit eher gefühlsmäßig als rational und reicht in letzte — gleichsam existentielle — Bezirke. Frankreich fürchtet uns wie etwa der Besitzer eines schönen und liebevoll gepflegten Gartens das Unwetter fürchtet.

Ein solches Mißtrauen läßt sich nicht durch Worte widerlegen, es läßt sich bestenfalls durch Taten entwarnen. Und auch das wäre kein leichtes Unterfangen, das auf schnellen Erfolg rechnen könnte. Wir sollten nicht vergessen, daß sogar der Name Stresemanns in der französischen öffentlichen Meinung engstens mit dem Worte „finassieren“ verbunden bleibt. Das soll ungefähr besagen, Stresemann habe nur aus der schwächeren Position heraus die Verständigung mit Frankreich gesucht, um auf diesem Wege die stärkere Position für Deutschland zurückzugewinnen; die Verständigung sei also nichts anderes gewesen als ein politischer Trick, ein Mittel zum Zweck der Macht. Wir wissen, daß der ehemalige deutsche Außenminister seine Frankreichpolitik ehrlich und ohne jeden „dolus eventualis“ geführt hat. Aber wie sollen wir es den Franzosen „beweisen“, da doch Stresemann sein Werk nicht abschließen konnte und wenige Jahre nach seinem Tode die nationalsozialistische Machtergreifung folgte, aus der sich dann allerdings die stärkere Position Deutschlands und Hitlers Angriffskrieg gegen Europa ergab. Wir haben nun einmal kein sehr vorteilhaftes Beweismaterial in unserer neuesten Geschichte.

Nun sind wir wieder einmal in der schwächeren Position und beginnen von ihr aus eine neue deutsche Außenpolitik, bemühen uns von ihr aus erneut um eine Verständigung mit Frankreich. Zwischen damals und heute liegen sechs Jahre Krieg, das Vordringen Moskaus bis an die Elbe und der europäische Beginn in Straßburg. Es gibt keinen Weg zurück zu einer nationalstaatlichen Souveränität Deutschlands im alten Sinne. Es gibt für uns nur einen Weg vorwärts: nach Europa. Dieser Weg kann uns die stärkere Position nach alten Begriffen überhaupt nicht verschaffen, weil ja im europäischen Bunde ein Kräftespiel der Nationen gegeneinander sinnlos wird. Und deshalb gibt es für uns, wenn wir realpolitisch denken, nicht einmal eine Versuchung zum „Finassieren“. Denn wir können nicht zugleich europäisch und nationalistisch handeln. Aber ebensowenig kann Frankreich auf die Dauer seine Politik zugleich auf die Furcht vor den Deutschen und vor den Sowjets gründen. Es ist auf dem Wege, sich dahin zu entscheiden, daß seine Furcht vor uns die kleinere ist. Das ist schon etwas, aber noch nicht genug. Und gerade hier muß die deutsche Außenpolitik nachhelfen. Der Weg nach Europa führt über die deutsch-französische Verständigung, weit eindeutiger noch als zur Zeit Stresemanns.

Hört man die Erklärungen französischer Staatsmänner vor ihrem Parlament, so muß man meistens zur Kenntnis nehmen, daß hinsichtlich Deutschlands die negativen Feststellungen überwiegen. Auch wenn uns etwas gewährt wird, so muß unbedingt und nachdrücklich vorher gesagt werden, was uns verweigert wurde, und sei es auch etwas, was wir selbst ganz und gar nicht wünschen, wie etwa die deutsche Wiederbewaffnung. Hier zeigt sich ganz deutlich die heikle innenpolitische Lage Frankreichs, die Rücksicht auf parlamentarische Opposition und öffentliche Meinung. Um so wichtiger war es, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer von sich aus den ersten Schritt zur Verständigung tat, daß er seine Frankreichpolitik in seinem Gespräch mit der „Zeit“ mit einem Appell einleitete, der stärker noch an das französische als an das deutsche Publikum gerichtet war. Er hat nicht „finassiert“, er hat seine Aufgabe nicht als die eines Kartenspielers angesehen, der seine „Trümpfe“ vorsichtig zurückhält und erst einmal abwartet, was der Gegner tut. Mit seiner politischen Vorleistung hat der Bundeskanzler weder die deutsche Würde noch die deutschen Interessen geschädigt, vielmehr der Sache Europas einen erheblichen Dienst erwiesen.

Dr. Schumacher denkt hierüber anders. Das ist sein Recht, auch wenn er sich sachlich nicht im Recht befindet. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß auch wir keine einfache innenpolitische Situation haben. Das gilt

allerdings sehr viel stärker für die parlamentarische Opposition als für die von dieser kaum richtig gedeuteten öffentliche Meinung. Aber diese Opposition hat nun wieder genügt, um die französische öffentliche Meinung zu beunruhigen, ja geradezu zu erschüttern. Bis tief in die Reihen der französischen Sozialisten hinein läßt die Kritik an der Führung der deutschen SPD an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Und wie soll es erst werden, wenn in absehbarer Zeit, bei einer Abstimmung im Bundestag über den Beitritt Deutschlands zum Europarat, die SPD mit Nein stimmen oder sich der Stimme enthalten sollte? Die SPD würde dies mit ihrem Widerspruch gegen die gleichzeitige Aufnahme des Saargebiets begründen, aber in Frankreich könnte es allzuleicht als ein Votum gegen Europa wirken. Und das wäre verhängnisvoll. Bei der geringen Mehrheit unserer Regierungsparteien findet die Haltung der Oppositionspartei, die immerhin in vier Jahren Regierungspartei werden könnte, in Frankreich stärkste Beachtung.

Da nicht zu erwarten ist, daß die SPD in nächster Zeit von sich aus ihre Haltung ändert, droht der kaum eingeleiteten deutsch-französischen Verständigung schon wieder eine echte und ernste Gefahr. Eine gewisse Entspannung ist zweifellos möglich, wenn, wie es kürzlich in Bernkastel geschah, ein kleiner Kreis französischer und deutscher Politiker sich zusammenfindet, um die zwischen beiden Völkern schwebenden Fräsen in vorbehaltloser Offenheit durchzusprechen. Das Bernkasteler Gespräch war fraglos von großem Wert. Hier handelte es sich gleichsam um Männer der europäischen Vorhut aus beiden Nationen, an der übrigens auch Sozialisten aus Frankreich wie aus Deutschland beteiligt waren. Und es war recht bezeichnend, daß in diesem Kreise die einmütige und hartnäckige Ablehnung einer deutschen Aufrüstung auf unserer Seite bei den französischen Teilnehmern der Sorge um die Möglichkeiten der Verteidigung Europas begegnete. Es schien fast, als wären wir den Franzosen zu „unmilitaristisch“.

Ohne Zweifel ist zu wünschen, daß solche Begegnungen, die bereits in der Atmosphäre der Freundschaft stattfinden, sich in Zukunft wiederholen. Aber damit allein ist es nicht getan, und auch nicht damit, daß der Bundeskanzler in seiner Politik fortfährt. Es fehlt noch etwas. Es fehlt eine Antwort von verantwortlicher französischer Stelle an die Deutschen. Das ist nicht eine Frage des Prestiges, nicht etwa nur die Notwendigkeit einer Genugtuung für den Kanzler, den man nicht mit ausgestreckter Hand stehen lassen könne. Vielmehr würde der Klärung der Atmosphäre ein außerordentlicher Dienst erwiesen, wenn ein französischer Staatsmann nunmehr zu uns von unseren psychologischen Voraussetzungen her spräche, wenn er das sagte, was er in erster Linie den Deutschen und nicht den eigenen Landsleuten zu sagen hat. Die etwas erstarrte Front zwischen deutscher Regierung und deutscher Opposition könnte durch eine solche Erklärung zum deutsch-französischen Verhältnis wesentlich elastischer gestaltet werden. Und dieses Verhältnis bleibt nun einmal der Schlüssel zu Europa.

Ernst Friedlaender